

Annoncen
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Gedächtnis dieser Zeitung
(Wihelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streissau,
in Meseritz bei Ph. Matthäus,
in Breslau bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

J. 281.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 15 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 5 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 22. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Postzelle über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 21. April. Der König hat den bisherigen Direktor des staatlichen Gymnasiums zu Warburg Dr. Heckelmann zum Gymnasial-Direktor ernannt; sowie den praktischen Arzten Dr. Barthold zu Berlin, Dr. Barkow zu Saandau, Dr. Meißner in Neuwarp und Dr. Salvius in Daber den Charakter als Sanitätsrath verliehen, und die Wahl des Oberlehrers an der lateinischen Hauptschule der Französischen Stiftungen zu Halle a. S. Professor Dr. Kramer zum Inspektor des Real-Gymnasiums in diesen Stiftungen die Bestätigung ertheilt.

Der praktische Arzt, Sanitätsrath Dr. Stolle zu Segeberg ist zum Kreis-Physikus des Kreises Segeberg ernannt worden. Dem Gymnasial-Direktor Dr. Heckelmann ist die Direktion des Gymnasiums zu Paderborn übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 22. April.

Der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus nehmen beide heut ihre Arbeiten wieder auf. Während aber im Abgeordnetenhaus der Schwerpunkt der Berathungen in das Plenum fallen wird — es handelt sich um die dritte Berathung der Jagdordnung, die zweite Berathung des Kommunalsteuergesetzes und die Berathung der neuen Staatsbahnhofsvorlage — wird der Reichstag, nach Erledigung der Novelle zum Hilfsklassengesetz und der ersten Berathung der Pensionsgesetze, den Kommissionen den Vorrang einräumen können.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstages stehen:

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfsklassen vom 7. April 1876, auf Grund des Berichts der VII. Kommission. — Zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern.

Das Abgeordnetenhaus hat folgende Tagesordnung:

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung verordneter haupolizeilicher Bestimmungen im Gebiete der Stadt Frankfurt a. M. — Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des § 13 des Gesetzes vom 20. August 1883 über die Beugnisse der Staatshauptverwaltung gegenüber den Mietdechtern in öffentlichen Flüssen. — Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes. — Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Auflösung der gemeinschaftlichen Kirchenkassen in der Norderharde und in der Süderharde auf der Insel Alsen. — Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat. — Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1884/85. — Berathung der Uebersicht über die Verwaltung der fisikalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im preußischen Staate während des Etatsjahres 1882/83. — Berathung des Berichts über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1882 bis dahin 1883.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ von gouvernementaler Seite geschrieben wird, sind die vorbereitenden Schritte zur Wiederherstellung des Staatsraths abgeschlossen. Auch die Frage wegen des Vorsitzes soll endgültig entschieden sein. Man ist bereits bei unbedeutenden Einzelheiten angekommen, bei der Persönlichkeit des Geschäftsführers. Als solcher ist angeblich der Unterstaatssekretär Homeyer ins Auge gefaßt, das zuletzt ernannte Mitglied des alten, noch nicht formell abgeschafften Staatsraths und Protokollführer in den Sitzungen des Staatsministeriums. Wie es heißt, wird derselbe mit seinem neuen Amte zugleich den Titel eines Staatssekretärs erhalten.

Was die Konservativen von der Reaktivierung des Staatsraths erwarten, sagt heute die „Post“ mit dünnen Worten:

„Wenn der Kronprinz an die Spitze des Staatsraths tritt, fällt nicht nur die Unterstellung eines prinzipiellen Gegensatzes gegen die positiven Ziele der gegenwärtigen Politik in sich zusammen, sondern es wird auch mit unzweideutiger Bestimmtheit Ledermann klar gemacht, daß innerhalb des Königshauses die deutsch-freisinnige Lehre, wonach der Monarch nicht selbst das Regiment führen, sondern wesentlich als Ministerernennungs-Maschine nach dem Willen der Majorität fungieren soll, keine Stätte hat.“

Das ist wenigstens deutlich.

Die Regierungsbehörden sind bereits an der Arbeit, die Neuwahlen zum Reichstage vorzubereiten. Der „Lüneburger Anzeiger“, das halbamtlliche Organ der dortigen Landdrostei, fordert, wie der „Wes. Ztg.“ gefrißt wird, die Landwirthe zu, nur einem solchen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, „welcher vorher erklärt, rückhaltlos die Reichs- und Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützen zu wollen“. Als der Reichskanzler im Reichstage einige freundliche Worte für Herrn v. Bennigsen hatte, sahen die „nationalliberalen Blätter“ den Himmel voller Geigen. „Die Hax auf die Vertreter des gemäßigten Liberalismus wird in Zukunft unterbleiben“, schrieben dieselben damals, da der Wahlminister Herr v. Puttkamer seine Ordres erhalten wird. Bis jetzt sind die Ordres noch ausgeblieben. Die nationalliberale Partei in Hannover wird von Regierungs wegen nur „hoch kommen“, wenn sie „rückhaltlos“ den Reichskanzler unterstützen. Wenn nicht, nicht.

Zur endgültigen Dementierung der „Germania“ in der vielbereiteten Angelegenheit einer angeblichen Unterredung zwischen Depretis und v. Reußell haben sich

unsere Offiziösen und Offiziellen mit ihren Berufs- und Amtskollegen in Rom verbunden. Man depositirt darüber aus Rom: „Die „Gazetta ufficiale“ ist gegenüber der Behauptung der „Germania“, daß der Ministerpräsident Depretis mit dem Botschafter von Reußell am 21. März eine Unterredung gehabt habe, ermächtigt, in der formellsten Weise zu erklären, daß Depretis seit dem 21. Januar keine Gelegenheit gehabt, den Herrn v. Reußell zu sehen, und daß folglich auch am 21. März keine Unterredung zwischen beiden habe stattfinden können.“

Sonntag fand in Glogau unter zahlreicher Beihilfe von Vertrauensmännern aus einem Theil von Schlesien und Posen ein Parteitag der deutschen freisinnigen Partei statt, an welchem sechs Reichstagsabgeordnete und aus Breslau auch die Herren Friedländer und Steuer teilnahmen. An die Vertrauensmänner-Versammlung schloß sich Nachmittags eine allgemeine Wählerversammlung im Glogauer Stadttheater an. Das Theater war im unteren Raume und in den Logen dicht gefüllt. Den Vorsitz führte der Reichstagsabgeordnete für Glogau Gutsbesitzer Mager-Denzlitz. Er teilte mit, daß die Vertrauensmänner-Versammlung der Vereinigung der Fortschrittpartei und der liberalen Vereinigung ihre volle Zustimmung ertheilt, und im Uebrigen dem Wunsche Ausdruck gegeben habe, daß alle Liberalen in den einzelnen Wahlkreisen bei den Wahlen zusammen wirken möchten. Mit lebhaftem Beifall wurde von der Versammlung die Errichtung aufgenommen, daß Redner, falls seine Wähler es wünschten, bereit sei, wieder ein Reichstagsmandat anzunehmen. Demnächst sprachen, von der Versammlung auf das Herzlichste begrüßt, die Abg. Karl Braun, Richter und G. v. Bunzen. Der Verlauf der Versammlung war ein überaus günstiger. Die Reden der Abgeordneten wurden mit lautem, anhaltendem Beifall begleitet. Der Abg. Braun sprach über die Zoll- und Wirtschaftspolitik und ihre Resultate, der Abg. Richter ging insbesondere auf den Theil der Miquel'schen Rede ein, welcher die Frage des verantwortlichen Reichsministeriums und die sozialpolitischen Vorlagen behandelt. Er wies nach, daß die Rede teils in Widerspruch mit den Ergebnissen der nationalliberalen Partei steht, teils keine Klaren und scharfen Geschwünfte und Ziele angebe. Abg. v. Bunzen sprach über die Bedeutung des nationalen Kaiserthums und schloß die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einschwamm.

Die von England in Vorschlag gebrachte Konferenz der Großmächte bezüglich der egyptischen Finanzlage hat, wie die „Pall Mall Gazette“ bestätigend mittheilt, den Zweck, die Zustimmung der Signatarmächte des Liquidationsvertrages zu einer Abänderung des Liquidationsgesetzes zu erlangen, um die egyptische Regierung in den Stand zu setzen, ihren bringenden Verpflichtungen gerecht zu werden. — Eine Depesche General Gordon's an Samuel Baer vom 8. d. M. sagt:

„Ich habe eine dürftige Depesche von Baring erhalten, welche mir mittheilt, daß keine englischen Truppen nach Berber geschißt werden sollen, um den Weg zwischen Berber und Suakin wieder offen zu machen, daß aber zur Erreichung dieses Ziels die Verhandlungen mit den Arabern fortgesetzt werden. Sie kennen den Werth derartiger Verhandlungen und wissen, wie viel Zeit die bezüglichen Arrangements nach dem Rückzug der englischen Truppen aus Suakin in Anspruch nehmen würden. Wir sind auf etwa 5 Monate mit Proviant versehnen und von einem halben Tausend unternehmender Araber mit einem etwa 2000 Personen umfassenden Troß umgeben. Unsere Lage wird sich bessern, sobald der Nil steigt; Kassala, Dongola und Berber sind noch für einige Zeit außer Gefahr. Glauben Sie, daß man durch einen Appell an englische und amerikanische Kapitalisten etwa 200,000 Pfund erlangen könnte? Mit dieser Summe würde man vielleicht den Sultan bestimmen, 2000 bis 3000 Kizamtruppen nach Berber zu schicken. Mit dieser Truppenmacht könnten wir nicht allein die Dinge hier in Ordnung bringen, sondern auch die Macht des Mahdi brechen, was im Interesse des Sultans notwendig ist. Ich würde das Kommando Zebehr Pascha übertragen. Wenn man die von der bewaffneten Bevölkerung Khartums gegen mich an den Tag gelegte Loyalität und die Art kennen würde, in welcher mein Schiedsal mit dem ihrigen verbunden ist, so würde man, wie ich überzeugt bin, den fraglichen Appell als durchaus gerechtfertigt ansehen, es wäre niedrig, wenn ich irgend ein Mittel zu ihrem Bestand vernachlässigen wollte. Es geht das verbürgte Gerücht, daß sich Zebehr Pascha in Korostos befinden soll, es ist bemerkenswerth, daß ich davon nicht offiziell unterrichtet worden bin.“

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Premier Gladstone, die Verbindung mit Shendy sei durch feindliche Stämme unterbrochen; in Betreff der Einschließung Berbers gehe man ernsthafte Befürchtungen. Aus dem Bericht des General Gordon geht hervor, daß er von feindlichen Stämmen umgeben sei, aber reichliche Vorräthe besitze und augenblicklich keine Gefahr befürchte. Der Premier bemerkte ferner, er habe vor den Ferien erklärt, daß die Regierung in der finanziellen Frage zu einem wichtigen Entschluß gekommen sei, aber noch nichts unternehmen könne, bevor mit den übrigen Mächten eine Verständigung darüber stattgefunden habe. Dieser Erklärung habe er nichts Wesentliches hinzuzufügen. — Die „Daily News“ weist in einem Leitartikel auf die Notwendigkeit einer Aenderung des Liquidationsgesetzes zu Gunsten Ägyptens hin und behauptet ebenfalls, daß deshalb eine Konferenz der Großmächte — wahrscheinlich in London — stattfinden werde.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. April. Das große Geheimnis der Windthorst'schen Abänderungs-Anträge zum Sozialistengesetz ist heraus, (s. unten) und alle Welt ist einig darüber, daß dieselben eine bloße Attrappe sind, dazu bestimmt, den Entschluß zur Annahme des Gesetzes bis zum geeigneteren Augenblicke zu verbergen, aber schon an sich ein Beweis, daß bei Herrn Windthorst dieser Entschluß feststeht. Man hatte vielfach erwartet, daß die Abänderungs-Anträge des Zentrums weitgehender Natur seien und demselben dadurch die Entscheidung noch einige Zeit offen halten, ihm ermöglichen würden, unter Umständen schließlich zu erklären, daß die Ablehnung dieser Modifikationen seitens der Regierung ihm die Zustimmung zu der Verlängerung des Gesetzes verbiete. Von dem Anträgen, welche Herr Windthorst gestellt hat, kann höchstens der auf Beseitigung des „kleinen Belagerungszustandes“ für andere Orte, als Berlin und Umgegend, einige Bedeutung beanspruchen; aber auch er ändert an der prinzipiellen Zustimmung zu dem gesammten Inhalt des Sozialistengesetzes, die in den gestellten Anträgen enthalten ist, so wenig, daß es offenbar hieße, Mücken seihen und Kamele verschlucken, wenn das Zentrum versuchen wollte, die Ablehnung seiner Anträge zum Vorwande der Verwerfung des Gesetzes zu machen: wer so weit entgegenkommt, ist entschlossen, bis ans Ende zu gehen. Selbst das Prinzip des kleinen Belagerungszustandes, insbesondere der wegen der Analogie mit dem kirchenpolitischen Reichsgesetz von 1874 dem Zentrum anstößigen Ausweisungen wird in den Windthorst'schen Anträgen durch die Aufrechterhaltung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin und Umgegend anerkannt; und ob eine Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes im Vorau verboten oder nach der Eröffnung aufgelöst wird, ob das Errichten einer sozialdemokratischen Zeitung nach dem Verbot einer oder zweier Nummern untersagt werden darf, und ob die Beschwerde-Kommission so

fragen, von deren Entscheidung irgend ein Politiker im Ernst die Annahme oder die Ablehnung eines Gesetzes, wie das in Rede stehende, abhängig machen kann. Man geht denn auch wahrscheinlich nicht zu weit mit der Vermuthung, daß Herr Windthorst, der zur Bildung einer Majorität erforderlichen Anzahl Zentrumsmitglieder durch die während der Ferien innerhalb der Partei stattgehabten Verhandlungen jetzt sicher ist. Dies wird einige Umschweife in der Kommission nicht ausschließen; falls man innerhalb der freisinnigen Partei die Anträge so weit ernsthaft nehmen sollte, daß man für dieselben, als für eine Verbesserung des Sozialistengesetzes, stimmte, könnte sogar zwischen der Kommissionsberathung und der zweiten Lesung im Plenum, in welches die Kommission dann die Anträge bringen würde, der Anschein eines drohenden Konfliktes entstehen; aber es fragt sich, ob die unbedingten Gegner der Verlängerung auf der Linken es der Mühe wert erachten werden, für die klerikalen Anträge in irgend einem Stadium der Verhandlung zu stimmen, da doch nicht zu bezweifeln ist, daß das Zentrum dieselben am Ende im Stich lassen wird. — Es ist schwerlich zutreffend, daß die Audienz, welche der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simson vor einigen Tagen bei dem Kaiser hatte, in Verbindung mit dem Plane der Reaktivierung des Staatsraths stand, wie in der Presse behauptet wird. Dr. Simson war zum Besuch seiner Verwandten hier, er hat sich, wie es seine amtliche Stellung gebietet, beim Kaiser gemeldet, und er hat in Folge dessen eine Audienz erhalten. Die wirklichen Schwierigkeiten in der Staatsrechtsfrage sind politischer, nicht juristischer Natur, so daß sie etwa, wie man andeutet will, die Konsultation einer hohen juristischen Autorität erforderlich gemacht hätten; daß der Staatsrat, gleichviel, wen man zu Mitgliedern desselben ernennen will, ohne Weiteres mit der Erfatlung legislatorischer Gutachten beauftragt werden kann, ist ebenso zweifellos, wie die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung, falls das Votum des Staatsraths eine formelle Bedeutung haben sollte und die Notwendigkeit der Billigung des Abgeordnetenhauses für etwaige Kosten.

S. Eine spanische Ausstellung, über welche die Frau Kronprinzessin das Protektorat übernommen hat, wird in den nächsten Tagen im Uhraale der königlichen Akademie der Künste eröffnet werden. Die Idee zu dieser „Ausstellung zur Erinnerung der Reise des Kronprinzen in Spanien“, wie sie offiziell bezeichnet wird, geht von dem Direktor der Nationalgallerie, Geh. Rath Dr. Jordan aus und ist von den kronprinzipiellen Herrschaften mit dem größten Interesse aufgenommen worden. Eine Theilnahme, wie man sie früher bei uns nicht kannte, ist durch die Reise des Kronprinzen und die sympathische Aufnahme, welche dem hohen Herrn von der gesamten spanischen Bevölkerung entgegengebracht wurde, an allen spanischen Dingen in dem deutschen Volke urplötzlich erwacht und lebendig geworden. Zwei hiesige hochbegabte und geschätzte Landschaftsmaler, Amtsgerichtsrath a. D. Possart, welcher mit den Vorbereitungen zu

dieser Ausstellung betraut worden, und Ernst Körner, die wiederholten Malen die pyrenäische Halbinsel bereist und dort erschöpfende Studien nach spanischen Landschaften und Architekturen gemacht, haben dieselben mit mühsamem Eifer ausgebeutet. Die Schöpfungen dieser beiden Herren hatten nun in Herrn Geh. Rath Jordan den Wunsch rege werden lassen, sie nach der Rückkehr des Kronprinzen aus Spanien öffentlich ausgestellt zu sehen. Der Kronprinz zeigte sich von vornherein diesem Gedanken äußerst geneigt und machte zugleich das Versprechen, zu dieser Ausstellung auch die von ihm mitgebrachten Privat-Geschenke für seine und die kaiserliche Familie herzugeben. Denselben werden ferner mit kaiserlicher Genehmigung die Geschenke des Königs Alfon's an die Majestäten, darunter dessen große Marmorbüste und sein Porträt, hinzugefügt werden. Das Hauptinteresse dürften aber die von spanischen Malern ausgeführten Aquarellgemälde, diese schon viel besprochene Ehrengabe spanischer Künstler an die Frau Kronprinzessin, in einem Album vereinigt, erwecken. Von dem Ein treffen dieser letzteren sollte der Terrain für die Eröffnung abhängig gemacht werden, und da nach einem aus Madrid hierher gelangten Telegramme zwei spanische Offiziere mit dem Album bereits von dort abgereist sind, so hofft man in Gegenwart des Kronprinzen und der Kronprinzessin am nächsten Donnerstag die Ausstellung dem größeren Publikum zugänglich zu machen. Herr Possart wird mit 10 Bildern und ca. 70 Skizzen und Studien, Herr Körner mit etwa 4 Bildern und ca. 60 Skizzen vertreten sein. Zu ihnen wird sich noch der bekannte Düsseldorfer Maler Prof. A. Seel mit spanischen Studien und Bildern, ungefähr 100 Blatt, sowie einzelne hochgestellte Personen in Berlin mit Hergabe von spanischen Schränken, Defen, kupfernen Beden, die zum Erwärmen der Zimmer dienen, gesellen. Die Dekoration des Ausstellungssaales wird nach dem Vorbilde des Salons des Kunsthändlers G. Petit in Paris von der Firma W. Bernau ausgeführt. Der Ertrag des Besuches ist für wohltätige Zwecke bestimmt, über den die Frau Kronprinzessin verfügen wird.

¶ Ueber die Abreise des K a i s e r s nach Wiesbaden waren bis heute früh feste Bestimmungen noch immer nicht getroffen, da solche, wie schon bemerkt, von dem Befinden der K a i s e r i n abhängig sind. Die zu weit gehenden Befürchtungen Anlaß gebenden Gerüchte über den Zustand der hohen Frau, welche vorzugsweise außerhalb der Residenz in den Provinzen Verbreitung gefunden zu haben scheinen, sind zwar sehr übertrieben, da vielmehr seit mehreren Tagen eine Neigung zur Besserung erschlich ist, doch fordern in so hohem Lebensalter und bei so geschwächter allgemeiner Gesundheit, wie solches bei der Kaiserin der Fall ist, selbst bloße Erkältungsscheinungen die größte Vorsicht und Aufmerksamkeit, an welcher es aber bei der Kaiserin Seitens der Aerzte auch gewiß nicht fehlt.

— Der Kaiser hatte am Montag Nachmittag 4 Uhr abermals eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten ^{zu Berlin}. Man legt annehmen, daß es sich wiederum um die mit dem Institut des guten Willens ^{zu Berlin} "aus dem preußischen Ministerium zusammenhängenden Fragen gehandelt hat. Es wird den „Berl. Pol. Nachr.“ bestätigt, daß der Kaiser die Grundzüge für die Konstituierung des Staatsraths genehmigt hat und zur Zeit mit der Prüfung der die Details betreffenden Vorschläge beschäftigt ist.

— Die Abänderungsvorschläge, welche der Abg. Windthorst zum Sozialistengesetze eingebracht hat, sind die folgenden:

folgten:

Im § 9. soll Absatz 1., wonach Versammlungen, in denen sozialdemokratische etc. Bestrebungen zu Tage treten, aufzulösen sind, bestehen bleiben, dagegen Absatz 2. gestrichen werden, wonach Versammlungen zu verbieten sind, von denen durch Thatachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind. Die Bestimmung des § 11., wonach bei periodischen Druckschriften das fernere Erscheinen verboten werden kann, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt, soll dahin abgeändert werden: „sobald das Verbot einer einzelnen Nummer zum zweiten Male erfolgt.“ Nach § 13. muß das Verbot einer Druckschrift dem Verleger etc. durch schriftliche mit Gründen versehene Verfügung bekannt gemacht werden. Der Antragsteller schlägt dafür vor: „Durch schriftliche Verfügung, unter Bezeichnung der Stellen der Druckschrift, welche die Anwendung dieses Gesetzes veranlassen.“ In demselben § 13. heißt es weiter, die Beschwerde (gegen das Verbot einer Druckschrift) hat keine ausschiebende Wirkung, Abg. Windthorst wünscht dies dahin abzuändern: „Die Beschwerde hat, wenn es sich um das Verbot des ferneren Erscheinens einer Druckschrift handelt, ausschiebende, in allen anderen Fällen keine ausschiebende Wirkung.“ Nach § 17 soll bestraft werden, wer an einem verbotenen Vereine als Mitglied sich beteiligt. Eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich beteiligt; dem Antrage des Abg. Windthorst gemäß soll leitere Bestimmung gestrichen werden. Im § 18., welcher lautet: „Märkte für einen verbotenen Verein, eben für eine verbotene

lautet: „Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängnis von Einem Monat bis zu Einem Jahr bestraft“, sollen die Worte „oder für eine verbotene Verlammung“ fortfallen. Bei Entziehung der Befugniß zum Verkauf von Druckschriften gestattet § 24 die Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden: hierzu macht der Antragsteller den Vorschlag: „Gegen die Entziehung findet der Rekurs nach Maßgabe der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung statt.“ Nach § 26 wählt der Bundesrat in die Reichsbeschwerde-Kommission vier Mitglieder aus seiner Mitte und fünf aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten; dagegen soll er künftighin neun nur richterliche Mitglieder wählen. Auf Grund des § 28 des Sozialisten-gezets ist bekanntlich der sogen. kleine Belagerungsfall an den über Berlin, Leipzig, Hamburg und Altona nebst Umgegend verhängt worden: nach dem Antragsteller soll die Befugniß zur Verbürgung dieser Ausnahme-Maßregel auf die Stadt Berlin und einen Umkreis bis zu 30 Kilometer um dieselbe beschränkt werden. Ferner beantragt der Abg. Windhorst folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen, in Erwägung, daß das Gesetz gegen die gemeinfährlichen Betreibungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nach der ursprünglichen Absicht der verbündeten Regierungen, wie der

Rom, 21. April. Bei sämtlichen gestern stattgehabten Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurden die von der ministeriellen Partei aufgestellten Kandidaten gewählt. — Von den Pentarchisten wurde gestern in Neapel behuß Gründung eines Klubs der Linken eine Versammlung abgehalten; das Präsidium wurde Crispi übertragen; Cicali, Nicotera und Beccarini stellten in Abrede, daß in der Partei irgendwelche Uneinigkeit besthebe.

„Den Bundesrat zu ersuchen, in Erw^gung zu nehmen, wie gege Person^en, welche unerlaubte Handlungen mit Anwendung von Spreng stoffen begeben oder vorbereiten oder solche Stoffe unter verdächtige Umständen bereiten oder bestehen, im Wege verschärfter bzw. erweiterter Strafgesetzbgebung vorzugehen sei, und einen entsprechenden Gesetzwurf baldigst dem Reichstage vorzulegen.“

— Der Landtags- und Reichstags-Abgeordnete Frhr. v o Schorlemer-Behr, ein Bruder des Abg. von Schorlemer Alst, ist — wie hiesige Blätter mittheilen — gestorben.

— Von Seiten der Vorlämpfer für eine förmliche Organisation des Adels in Preußen und Deutschland sind Untersuchungen darüber angestellt worden, wie stark das adelige Element in den juristischen Berufszweigen in Preußen vertreten ist. Es ist da unterschieden zwischen Gerichtsbeamten und den Beamten der inneren Verwaltung (Diplomaten sind abgerechnet, weil man deren Karriere für den Adel genügend gesichert glaubt.) Nach dem preußischen Staatshandbuch gab es im Jahre 1880 in der preußischen Monarchie 787 Regierungsbamtne (d. h. fest angestellte Mitglieder eines Oberpräfektiums oder eines Regierungskollegiums); von ihnen waren 221 = 28 Proz. adelig. Der Prozentsatz steigt indeß bedeutend, wenn man die 487 Landräte hinzuzählt, unter denen 272 = 55,8 Proz. Adelige sind. In Summe sind dann von 1274 höheren Verwaltungsbamtne 493 = 39 Proz. adelig. Nach dem Justitskalender für 1884 sind dagegen von 3907 richterlichen Stellen nur 262 = 6,7 Proz. mit Adeligen besetzt. Dähren bei der Staatsanwaltschaft von 268 Staatsanwälten 27 = 10 Proz. Adelige sind, findet man in der Rechtsanwaltschaft unter 2428 Rechtsanwälten nur 63 = 2,6 Proz. Somit gehören von den 6603 Juristen, die in richterlicher, staats- oder rechtsanwältlicher Stellung sich befinden, 352 = 5,3 Prozent dem Adel an. Für die nächste Zukunft wird an diesem Stande der Verhältnisse noch nichts Wesentliches geändert werden, denn unter 747 Assessoren sind 37 = 5 Proz. Adelige. Das „Adelsbl.“ plaidirt nun energisch dafür, daß die jungen Adelige und besonders diesejenigen, „die nicht angewiesen sind, als Königsbeamte ihr Dasein zu fristen“, sich weniger als bisher „vom Glanze des Königrodes verblenden“ und mehr der juristischen Laufbahn, besonders der des Staats- und Rechtsanwalt zuwenden.

— Nach § 362 des Strafgesetzbuches können die nach Vorschrift des § 361 Nr. 4 derselben, also wegen Bettelns zur Haft verurtheilten Personen durch das Strafurtheil der Landespolizeibehörde überwiezen werden, die hierdurch die Befugniß erlangt, den Verurtheilten entweder bis zu zwei Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Beides ist jedoch nur dann zulässig, wenn der Verurtheilte in den letzten drei Jahren wegen Bettelns mehrmals rechtskräftig verurtheilt worden ist, oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen gebettelt hat. Ist gegen einen Ausländer auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus Verweisung aus dem Bundesgebiete eintreten. Diese Bestimmungen sind dem Vernehmen nach mehrfach unrichtig interpretirt worden. Zunächst ist die Ansicht zu Tage getreten, daß die Verweisung aus dem Bundesgebiete auch in Bezug auf ihre zeitliche Dauer der Unterbringung in ein Arbeitshaus gleichgestellt sei und es ist demgemäß eine auf die Dauer von zwei Jahren beschränkte Ausweisung aus dem Bundesgebiete angeordnet worden. Diese Auslegung hat man in der Meinung, daß die bestimmt auf die Unterbringung im Arbeitshaus bezogene Bestimmung des Strafgesetzbuches die Verweisung aus dem Reichsgebiet nur für eine bestimmte, gesetzlich begrenzte Dauer Wirksamkeit habe, verneint. Ferner ist seitens der Landespolizeibehörden gegen solche, ihnen gemäß § 362 des Strafgesetzbuches überwiesenen Deutschen, welche die Staatsangehörigkeit im Staate des Ergreifungsortes nicht besitzen, von Festsetzung der Nachhaft mehrfach Abstand genommen und die Verweisung aus dem betreffenden Staatsgebiet herbeigeführt worden. Auch dieses Verfahren ist seitens des preußischen Ministers des Innern als gesetzlich unbegründet und zugleich als geeignet bezeichnet worden, dem Bettler- und Landstreicherunwesen Vorschub zu leisten. Endlich hatten einzelne Bezirksregierungen Ausländer, welche gerichtlich wegen Bettelns zu einer Haftstrafe und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt worden waren, aus dem Reichsgebiete ausgewiesen, ohne daß die Ausgewiesenen in den letzten drei Jahren vor ihrer letzten Bestrafung mehrmals rechtskräftig wegen Bettelns oder daß dieselben wegen Bettelns unter Drohungen oder mit Waffen bestraft worden waren. Auch dieses Verfahren ist seitens des preußischen Ministers des Innern als unzulässig bezeichnet worden, und zwar mit dem Bemerkten, der Auffassung, es sei eine Verweisung aus dem Reichsgebiete auch schon im Falle der einmaligen Bestrafung wegen Bettelns innerhalb der letzten drei Jahre zulässig, siehe sowohl der Wortlaut des § 362 des Strafgesetzbuches, als auch die Entstehungsgeschichte der betreffenden Bestimmung entgegen, welche sich eng an die Bestimmungen der §§ 118 und 120 des früheren preußischen Strafgesetzbuches vom 19. April 1851 anschließe.

Wien, 20. April. Erzherzog Albrecht empfing heut Mittag in besonderer Audienz die hier eingetroffene Deputation des königlich preußischen 2. Ostpreuß. Grenadier-Regiments Nr. 3, welche ihm die Glückwünsche des Regiments zu seinem 25jährigen Jubiläum als Chef des Regiments und ein großes photographisches Gruppenbild des Regiments überbrachte. Der Erzherzog, welcher die Uniform seines preußischen Regimentes trug, dankte auf das Herzlichste für die ihm dargebrachte Ovation und unterhielt sich längere Zeit mit den Mitgliedern der Deputation. An dem Galadiner, welches Nachmittags bei dem Erzherzog Albrecht stattfand, nahmen außer den Mitgliedern der Deputation und dem derselben als Ehrenkavalier beigegebenen Major Usedom, auch der Erzherzog Friedrich, der deutsche Botschafter Prinz Reuß mit den Mitgliedern der Botschaft, der Obersthofmeister Piret und die Adjutante des Erzherzogs Theil.

Rom, 21. April. Bei sämtlichen gestern stattgehabten Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurden die von den ministeriellen Partei aufgestellten Kandidaten gewählt. — Von den Pentarchisten wurde gestern in Neapel behufs Gründung eines Klubs der Linken eine Versammlung abgehalten; das Präsidium wurde Crispi übertragen; Cairoli, Nicotera und Beccarini stellten in Abrede, daß in der Partei irgendwelche Uneinigkeit bestehé.

Kongress der deutschen Gesellschaft für Chirurgie.

IV

Die Sitzungen des letzten Kongreßtages fanden beide im Amphitheater der chirurgischen Universitätsklinik statt. Die Vormittagssitzung begann mit einer Diskussion über die Wolff'sche Behandlung des Klumpfußes, in welcher wiederum Volkmann-Halle, der überhaupt beim heutigen Kongreß den Diskussionen den wesentlichen Theil ihres Interesses verlieh, sich eingehend äußerte und insbesondere die Schwierigkeiten in der Behandlung des longitudinalen Klumpfußes erörterte. Es folgte die Vorlegung von Torsmossiplatten durch Dr. Leisink-Hamburg. Wie erinnerlich, hatte beim vorigen Kongreß Hagedorn-Magdeburg das Waffermoos als ein vorzügliches Material für Dauerverbände bezeichnet. Es ist nun gelungen, dieses Moos in die Form scharfiger Platten von beträchtlicher Größe zu bringen und solche Platten, welche sich durch ihre Aufsaugungsfähigkeit auszeichnen, werden jetzt in Folge der Bemühungen des Vortragenden fabrikmäßig hergestellt. Die Handhabung derselben ist eine so einfache und bequeme, daß mit ihnen wiederum ein Fortschritt der chirurgischen Technik indiziert ist. Nach der Demonstration eines Präparates von Hernia eruralis diverticuli intestinalis durch Busch-Berlin folgte ein Vortrag von Bartisch-Breslau über die Endresultate der Ogston'schen (X-Bein-) Operation. Redner nahm diese Operation, welche vielfach angefochten und von dem Gross der Chirurgen längst wieder aufgegeben ist, auf Grund der in Breslau erzielten Resultate in Schutz und stellte vier nach derselben behandelte Patienten vor, die sich in sehr befriedigender Kondition befanden. Es seien in den letzten Jahren 23 Fälle in Breslau nach Ogston operirt worden, davon elf doppelseitige. Drei der Patienten waren mehr als 20 Jahre; bei zwei Fällen war die Säge gebrochen, und während das Bruchstück in einem Falle entfernt werden konnte, gelang dies in dem zweiten Falle nicht; als aseptischer Körper ist indeß das Stück Sägeweblatt ohne üble Konsequenzen in den Knochen eingehüllt. In der Diskussion nahm Volkmann wieder Gelegenheit, dem Nebereiter namentlich der jüngeren Chirurgen energisch entgegenzutreten. Die Ogston'sche Methode leiste nicht mehr als andere weit weniger gefährliche, und somit lade derjenige, der nach Ogston operire, eine schwere Verantwortlichkeit auf sich. Man solle doch überhaupt nicht gerade für solche Methoden sich begeistern, welche eine besonders hervorragende Virtuosität des Chirurgen voraussetzen. Wenn auch die chirurgische Technik immer weiter sich ausbreite, so habe man doch nicht überall mit gründlich durchgebildeten, sondern viel häufiger mit angehenden oder doch noch nicht völlig sicheren Operateuren zu thun, und deshalb müsse — wo irgend thunlich — nach Einführung solcher Methoden gestrebt werden, die auch von mäßig geübter Hand vorgenommen seien, bei denen nicht jede Kleinst Unvorsichtigkeit, jeder geringe Mangel in der Technik gleich die schlummernsten Folgen haben müsse, wie solches bei der Ogston'schen, die innerhalb des Kniegelenkes manipulire, der Fall sei.

Hahn-Berlin führte hierauf Patienten vor, denen der Rehkopf wegen frischer Entartung existirt war. Die Erfahrung, daß eine nur halbseitige Operation bei Rehkopftrebs sich nach jeder Richtung hin — auch bezüglich der Rückfälligkeit, gut bewährt und vielfach das Resultat gehabt hat, die Sprache bis zu einem gewissen Grade der Verständlichkeit zu erhalten, führte zu der eindringlichen Empfehlung, wo irgend thunlich — entgegen der früheren Anschauung — nur halbseitig zu operiren. Am Anschluße an den Vortrag füllten auch Scheide-Hamburg und Küster-Berlin erfolgreich halbseitig operierte Rehkopfstrakte vor. Große Heiterkeit erregte eine Mittheilung Schebe's, welche sich auf den Vortrag von Wagner-Königshütte über Halswirbellungen beugt. Zu dem Redner (Schebe) kam ein Herr, dem der Kopf sehr schief stand; diese schlechte Stellung war dadurch entstanden, daß der Betreffende, ein langer, hagerer Mann mit langem Halse und sehr schlafsem Bänderlymne, sich beim Waschen durch eine unvorsichtige Bewegung selbst die Wirbelsäule verdreht hatte. Es bestand eine Verhalung der Halswirbel, die sich ohne Schwierigkeit (wegen der eminenten Nachgiebigkeit der betreffenden Theile) heben ließ. Redner hieb den Wirbel aus und drehte den Hals in seine natürliche Lage zurück.

Es folgten des Weiteren Vorträge von Scheide (Refektion eines Dünndarmcarcinoms mit Demonstration von Präparaten, ferner: Demonstration einer neuen Schiene zur allmählichen Beugung des Kniegelenkes durch Zugwirkung). H a b e r e r - Budapest (Demonstration eines anatomischen Präparates nach Mikulicz'scher osteoplastischer Resektion), Mikulicz - Krakau (zur Blutstillung durch Tamponnade und Kompression), Davidsen - Aberdeen (Demonstration eines Lithophons), Wadelung - Rostock (Modifikation der Kolotomie wegen carcinoma recti), v. Bergmann - Berlin (Gasinstinkt der Verletzungen großer Gefäßstämme — mit Krankenvorstellung), Czerny - Heidelberg (Demonstration eines Falles von Radialis-Paralysie), Nindig - Guelm (Fall von Gastroenterotomie bei Stenose des Duodenum in Folge eines Geschwürs — mit Krankenvorstellung), v. Winnacker - Lüttich (Über einen Fall von Defekt des knöchernen Schädeldaches nach Trauma). Ferner legte Partsch - Breslau Knochene- präparate vor, welche durch Behandlung des Knochen mit schwacher (3-4 p.c.) Kalilösung erhalten sind und ein sehr schönes Aussehen besitzen.

M a d e l u n g : Rostock berichtete darauf über Ausschälung cirsoider Varicen an den unteren Extremitäten. Redner, dem ungewöhnlich viele Fälle von Krampfadern vorkommen, versucht mit bestem Erfolge so, daß er den gesammten Venenkomplex vollständig ausschält. Des Weiteren berichtete Redner über eine von ihm geliebte M e t h o d e totaler R h i n o p l a s t i k in mehreren Operationsakten. Er stellt nämlich zunächst auf gewöhnliche Weise mittels eines Stirnlappens eine ganz formlose Nase her, überläßt dieselbe dann aber erst längere Zeit der Schrumpfung, um dann mittels eines zweiten Stirnlappens eine dauerhaftere und naturnähere Form der Nase zu erreichen. G e r n y - Heidelberg legte M a g e n r e s e k t i o n s p r ä p a r a t e vor und knüpfte einige Erörterungen an, aus welchen hervorgeht, daß Redner auch bei Magenkrebss die Resektion unter Umständen noch für angebracht hält, schon die bloße Thatssache, daß die glücklich Operirten sich bis zu dem Eintritt des Rückfalles — und dies kann Jahr und Tag dauern — recht wohl befinden, kann die Resektion indirekt. Uebrigens hat Redner konstatiert, daß in den als gesund betrachteten Theilen operirter Magen noch maligne Herde vorhanden waren, daß also das Rezidiv dadurch selbstverständlich bewirkt werden mußte. Auch von einer B e v o l k o m m u n g der Methode verspricht sich derselbe noch Vieles. Die Alten über die Operation des Magenkrebss scheinen demnach noch seineswegs geschlossen.

Aus den geschäftlichen Verhandlungen, wie sie die letzte Sitzung des Kongresses noch brachte, ist zu erwähnen, daß nunmehr das Vermögen der deutschen Gesellschaft für Chirurgie auf nahezu 50 000 M. angewachsen ist.

Die vorgeschrittene Zeit erlaubte leider die Erledigung sämmtlicher angemeldeter Vorträge nicht; eine ganze Anzahl derselben mußte von der Tagesordnung abgelebt werden. Der Vorsthende des Kongresses, v. Langenbeck, schloß den Kongreß mit einer Ansprache, in welcher er mit Genugthuung darauf hinwies, daß das Interesse an der Chirurgie und die Beschäftigung mit derselben in immer weitere Kreise dringe. Während früher nur in den Kliniken leistungsfähige Operateure zu finden gewesen seien, gebe es jetzt tüchtige Chirurgen fast überall, und es sei dringend zu wünschen, daß diese Werthschätzung der Chirurgie in derselben Weise immer weiter sich ausbreite. Auf die Aufforderung Vollmanns erhob sich die Versammlung in Anerkennung der unermüdlichen Wirksamkeit v. Langenbeck's von den Pläzen. (Voss. Ztg.)

Pocales und Provinzielles.

Posen, 22. April.

a. [Bur Gründung des „Centralvereins der vereinigten Konservativen“ der Provinz Posen] meint der „Kuryer Pozn.“:

„Wir werden also bei den Wahlen gegen uns zwei Parteien haben, die Fortschrittspartei und die Sezessionisten, welche durch die Kraft ihrer Nährkraft und intensiven Agitation gefährlich sind, und den Centralverein der Konservativen, welche Hand in Hand mit den Nationalliberalen geben werden. (?) Es wird dies eine starke Partei sein, denn sie wird die ländlichen Bevölkerungen und die Beamten umfassen, und die Bataillone der polnischen Arbeiterbevölkerung unter Leitung der Inspektoren und Wirtschaftsschreiber, sowie die Compagnieen der Beamten, welche ohne Kommando folgen, mit sich führen. Je größer aber die Agitation von deutscher Seite, desto größer ist die Gefahr für uns, desto zeitiger müssen wir an Vorbereitungen denken. Mögen also unsere Kreiswahlkomites daran denken, daß uns spätestens nach einem halben Jahre neue Wahlen zum Reichstage erwarten; möge auch das Provinzial-Wahlkomitee an die Verstärkung der Wahlaktion Angesichts der drohenden Aussichten der Agitation, der Regsamkeit und der Zunahme der deutschen Kräfte denken. An die Arbeit also zeitig und ausdauernd, an die vorbereitende Arbeit, damit uns die Wahlaktion nicht unvorbereitet treffe!“

d. Ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist nach Ansicht des „Goniec Wieli.“ unvermeidlich, und zwar meint dieses Blatt:

„In dem bevorstehenden Kriege werden die Preußen aufs Neue unerhörte Siege davontragen; französische Gefangene werden aufs Neue die deutschen Städte füllen, und Paris, wenn es sich nicht sofort ergeben würde, wird der vollkommenen Vernichtung in Folge sowohl des Krieges, als der inneren Unruhen unterliegen.“

Vor und bei Beginn des Krieges 1870/71 haben die meisten polnischen Zeitungen befannlich sehr sanguinische Hoffnungen auf französische Siege gehabt; von diesen Hoffnungen scheinen sie jetzt für den Fall eines neuen deutsch-französischen Krieges allerdings zurückgelommen zu sein!

Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowksi hat sich aus dienstlicher Veranlassung nach Crone a. Br. begeben.

Bermitisch.

* Geheimrat Prof. v. Frerichs feierte am 20. d. sein 25-jähriges Jubiläum als Leiter der Berliner ersten Universitätsklinik.

* In Weimar starb am 20. d. Mts. der Genremaler Prof.

Otto Günther.

* Konversion. In Bautzen bildet den „Dresd. Nachr.“ zufolge das Tagesgespräch, daß ein einer streng protestantischen Familie angehörender Offizier des dort garnisonirenden Infanterie-Regiments Nr. 103, Lieutenant 3., zur katholischen Kirche übergetreten ist, während zwei seiner Regimentskameraden, ein Hauptmann und ein Lieutenant, den gleichen Schritt in Kirche zu thun beabsichtigen.

* Hannover, 20. April. Der Chefredakteur des „Hannoverschen Courier“, Dr. Reichard, ist am Sonnabend an einem Brustleiden in Hannover gestorben.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 21. April. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet, die Versammlung von Vertretern der Spinnereivereine aus dem Elsass, Sachsen, Süd- und Norddeutschland, welche gestern und heute hier tagte, erklärte in einem ausführlichen Protokolle, daß sie sich prinzipiell gegen jeden den Zweck der in Frankreich eingeführten „Admissions temporaires“ für Baumwollgarn verfolgende Maßregel aussprechen und insbesondere den Krefelder Antrag auf Fällenlassen der höheren Garnzölle entschieden bekämpfe. Die Versammlung beschloß, sofort eine aus mehreren Delegirten bestehende Deputation nach Berlin zu entsenden, damit dieselbe bei dem Reichskanzleramt in dem bezeichneten Sinne vorstellig werde.

Pest, 20. April. Von der liberalen Partei in Großwardein ist der Ministerpräsident Tisza als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden, gleichzeitig wurde beschlossen, eine aus hundert Mitgliedern bestehende Deputation an Tisza zu entsenden und ihn durch dieselbe um Annahme der Kandidatur ersuchen zu lassen.

Basel, 20. April. Bei der heute stattgehabten Neuwahl von Mitgliedern für den Grossen Rat des Kantons Basel, Stadt, wurden 84 Freikirchige und 34 Konservative gewählt, außerdem sind 12 Nachwahlen vorzunehmen.

Paris, 21. April. Ein Telegramm des Kommandanten des französischen Geschwaders in den chinesischen Gewässern, Admirals Lépèse, zeigt an, er treffe Vorbereitungen, Amoy zu verlassen und sich nach Fufschu und Shangai zu begeben, sein Aufenthalt in Amoy sei von günstigstem Erfolge gewesen.

London, 21. April. Die Herzogin von Edinburg ist gestern von einer Tochter entbunden worden.

Konstantinopel, 21. April. Das österreichische Kronprinzenpaar machte heute Vormittag einen Ausflug nach Beirut an der asiatischen Küste des Schwarzen Meeres und nahm so dann in der Sommerresidenz des österreichischen Botschafters in Bujukdere das Dejeuner ein. Hierauf besuchten der Kronprinz und die Kronprinzessin die den Namen des Kronprinzen führende österreichische Schule in Bujukdere. Abends findet ein Galadiner im Yildiz Kiosk statt. Die Reise nach Brusia soll morgen zur Ausführung kommen.

Konstantinopel, 21. April. Das Kronprinzhliche Paar mußte wegen hochgehender See den Ausflug nach der Pringeninsel unterlassen; aus demselben Grunde ist auch die Reise nach Brusia fraglich geworden. Der Kronprinz und die Kronprinzessin unternahmen gestern mit großem Gefolge einen dreistündigen Ritt um die Stadtmauern, besuchten darauf den Palast Dolmabaghsche und kehrten spät Abends nach Yildiz-Kiosk zurück.

Konstantinopel, 21. April. Der Kaufmann Ferdinand Gamburg in Frankfurt a. M. ist zum türkischen Konsul derselbst ernannt worden. — Der Sultan verlieh dem Arzt bei der türkischen Botschaft in Berlin, Dr. Rosenthal, den Medjidie-Orden IV. Klasse.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Tafeln übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

| Datum | Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe | Wind. | Wetter. | Temp. i. Cels. Grad. |
|----------------|--|-----------|-----------------------|----------------------------|
| 21. Nachm. 2 | 748,3 | N mäßig | bedeckt ¹⁾ | + 1,9 |
| 21. Abends. 10 | 748,3 | N schwach | bedeckt | + 0,6 |
| 22. Morgs. 6 | 749,1 | N schwach | bedeckt | + 0,9 |

¹⁾ Regen und Schnee, Niederschlagshöhe: 5,1 mm.

Am 21. Wärme-Maximum: + 2°8 Cels.

- - Wärme-Minimum: + 0°6

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. April Morgens 1,88 Meter.

: 21. Mittags 1,88 :

: 22. Morgens 1,40 :

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. April. (Schluss-Course.) Schwach.

Lond. Wechsel 20,43 Pariser do. 81,125. Wiener do. 168,16 R. M.

S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 110, R. M. Pr. Antw.

— Reichsbank. 103, Reichsbank 146, Darmst. 155, Meining. 81, 94, Destr. ung. Bank 718,00 Kreditaktien 269, Silberrente 68,

Papierrente 66, Goldrente 85, Ung. Goldrente 76, 1860er Loos 120, 1864er Loos 310,80, Ung. Staatsl. 219,80, do. Ostb. Ob. II.

99, Böh. Westbahn 265, Elisabethb. — Nordwestbahn 155, Galizier 244, Franzosen 266, Lombarden 120, Italiener 94, 1877er Russen 94, 1880er Russen 77, II. Orientanl. 60, Bentz. Pacific 110, Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 60, Wiener Bankverein 93, 5% österreichische Papierrente 80, Buschader — Egypt 67, Gotthardbahn 105,

Türken 9, Edison — Lubed. Bischener 164, Lothr. Eisenwerke — Marienburg-Mlawka — Alpine-Prioritäten — Türkensee —

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 269, Franzosen 266, Gas-

giser 244, Lombarden 120, II. Orientanl. — III. Orientanl. — Sauerl. — Gotthardbahn — Spanier — Marienburg-Mlawka — 1860er Loos, Tabaksaltien 116.

Frankfurt a. M., 21. April. (Effekten-Sozietät.) Kreditaktien 269, Franzosen 266, Lombarden 120, Galizier 244, österreichische Papierrente — Egypt 66, III. Orientanl. — 1880er Russen — Gotthardbahn 104, Dresden. Bank — Nordwestbahn — Elbthal 4, prozent. ungar. Goldrente 11, Orientanleihe — Marienburg-Mlawka — Spanier — Hessische Ludwigsbahn — Lubed. Büchener — Diestl. Romm. 209, Ungar. Kredit — Medlenburger Friedrich-Franzbank — Westeregeln Alkali-Werke 162, Tabaksaltien 116, Schwach.

Wien, 21. April. (Schluss-Kurse.) Schwach, Tabaksaltien lebhaft.

Papierrente 79,90, Silberrente 81,00, Destr. Goldrente 100,70, 3-prozent. ungarische Goldrente 122,20 4-prozent. ungar. Goldrente 91,65, 6-prozent. ungar. Papierrente 88,45, 1864er Loos 124,00, 1880er Loos 137,00 1864er Loos 171,25 Kreditloose 177,00, ungar. Prämien 115,80 Kreditaktien 320,60 Franzosen 315,75, Lombarden 143,90, Galizier 289,00, Kasch.-Oder. 148,75, Bardubitzer 152,50, Nordwestbahn 184,00, Elisabethbahn 233,25, Nordbahn 255,00 Destr. Ung. Bank —, Türkische Loos —, Unionbank 108,90, Anglo-Afrika 119,75 Wiener Bankverein 110,25 Ungar. Kredit 319,00 Deutsche Plätze 59,40 Londoner Wechsel 121,45 Pariser do. 48,20, Amsterdamer do. 100,70 Napoleon 9,63, Dukaten 5,71, Silber 100,00, Marknoten 59,40, Russische Banknoten 1,25, Lemberg-Zernowitz —, Komp. Rudolf 181,00 Franz.-Pf. —, Dur-Bodenbach —, Böh. Westb. —, Elbthal 192,75, Tramway 211,00 Buschader —, Destr. 6prozent. Papier 88,45, Tabaksaltien 156,75.

Wien, 21. April. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 319,50, österreichische Kreditaktien 320,90, Franzosen 316,40, Lombarden 144,00, Galizier 289,75, Nordwestbahn 184,50, Elbthal 193,00, österr. Papierrente 79,90, do. Goldrente 100,75, ungar. 6prozent. Goldrente 122,20, do. 4prozent. Goldrente 91,65, do. 5prozent. Papierrente 88,50, Marknoten 59,42, Napoleon 9,63, Bankeverein 110,10, Tabaksaltien 156,90, Still.

Paris, 21. April. (Schluss-Course.) Behauptet.

3prozent. amortisir. Rente 78,02, 3 prozent. 76,92, 4 prozentige Anleihe 108,07, Italienische 5prozent. Rente 94,47, Destr. Goldrente 84,00, 6prozent. ungar. Goldrente 103, 4 prozent. ungar. Goldrente 77, 5 prozent. Russen do. 1877 97, Franzosen 665,00, Lombard-Gienbahn 231,25, Lombard. Prioritäten 299,00, Türklen do. 1885 9,02, Türklenloose 47,50, III. Orientanleihe — Credit mobilier 340,00, Spanier neue 61, Suezkanal-Aktien 2070, Banque ottomane 674, Credit foncier 1311, Egypt 338,00, Banque de Paris 912, Banque d'escompte 535,00, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25,16, 5prozent. Rumänische Anleihe —.

London. Wechsel 25,16, 5prozent. Rumänische Anleihe —.

Credit foncier 520, 5% Priv. Türl. Oblig. 383,12, Tabaksaltien 573,62.

London, 21. April. Consols 102, Italienische 5prozentige Rente 93, Lombarden 12, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5prozent. Russen do. 1871 92, 6prozent. Russen do. 1872 91, 6prozent. Russen do. 1873 93, 6prozent. Türklen do. 1865 8, 4prozent. fundierte Amerik. 126, österreichische Silberrente 67, do. Papierrente —, 4prozent. Ungarische Goldrente 76, Destr. Goldrente 83, Spanier 61, Egypt 6, do. unif. 67, Ottomandbank 16, Preuß. 4prozent. Consols 102, Matt.

Suez-Aktien 82, Silber —.

Platzdiskont 1% p. st.

In die Bank floßen heute 151 000 Pfd. Sterl.

Produkten-Kurse.

Köln, 21. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger lolo 17,75, freim. 18,75, per Mai 17,70, per Juli 17,80, per Nov. 18,10, Roggen

loco hiesiger 14,25, per Mai 14,00, per Juli 14,20, per Nov. 14,40, Hafer loco 14,25, Rüböl lolo 30,50, per Mai 30,30, pr. Okt. 29,70.

Bremen, 21. April. Petroleum (Schlussbericht) rubig. Standard white lolo 7,80 Br., per Mai 7,85 Br., per Juni 7,95 Br., per Juli 8,05 Br., per Aug.-Dez. 8,30 bez. u. Br.

Hamburg, 21. April. Consols 102, Italienische 5prozentige Rente 93, Lombarden 12, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5prozent. Russen do. 1871 92, 6prozent. Russen do. 1872 91, 6prozent. Russen do. 1873 93, 6prozent. fundierte Amerik. 126, österreichische Silberrente 67, do. Papierrente —, 4prozent. Ungarische Goldrente 76, Destr. Goldrente 83, Spanier 61, Egypt 6, do. unif. 67, Ottomandbank 16, Preuß. 4prozent. Consols 102, Matt.

Suez-Aktien 82, Silber —.

Platzdiskont 1% p. st.

In die Bank floßen heute 151 000 Pfd. Sterl.

Produkten-Kurse.

Köln, 21. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger lolo 17,75, freim. 18,75, per Mai 17,70, per Juli 17,80, per Nov. 18,10, Roggen

loco hiesiger 14,25, per Mai 14,00, per Juli 14,20, per Nov. 14,40, Hafer loco 14,25, Rüböl lolo 30,50, per Mai 30,30, pr. Okt. 29,70.

Wien, 21. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger lolo 17,75, freim. 18,75, per Mai 17,70, per Juli 17,80, per Nov. 18,10, Roggen

loco hiesiger 14,25, per Mai 14,00, per Juli 14,20, per Nov. 14,40, Hafer loco 14,25, Rüböl lolo 30,50, per Mai 30,30, pr. Okt. 29,70.

Hamburg, 21. April. Consols 102, Italienische 5prozentige Rente 93, Lombarden 12, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5prozent. Russen do. 1871 92, 6prozent. Russen do. 1872 91, 6prozent. Russen do. 1873 93, 6prozent. fundierte Amerik. 126, österreichische Silberrente 67, do. Papierrente —, 4prozent. Ungarische Goldrente 76, Destr. Goldrente 83, Spanier 61, Egypt 6, do. unif. 67, Ottomandbank 16, Preuß. 4prozent. Consols 102, Matt.

Suez-Aktien 82, Silber —.</p

